

Auf gut Schwäbisch

Täglich neu: Landestypisches für
Einheimische und Reischmeckel

Mo	Dialekt
Di	Essen und Trinken
Mi	Menschen
Do	Geschichte
Fr	Erleben
Sa	Wissen

Die Gschicht vom
Gmächtleswärmer

Eine weitere heitere Geschichte zum Thema Kleiabbeutel schickt uns Michael Dörner aus Remshalden: „Ich bin in Geradstetten beim ‚Enfle‘ in die Lehre eingetreten. Bei dessen ca. 40 ‚Gsell‘ klang dieses Wort häufig mit theatralischer Langdehnung wie ‚Gleyiabeyidl‘. Böhmen hat seinen Soldaten Schweyk, Württemberg hätte sogar zwei Soldatenfiguren zu verewigen.“

Zum einen König Friedrichs unübertrieben pflichteifrigen Mustersoldaten Veit Röhre aus Häfnerhaslach. Dieser Eiferer des Pflichtbewusstseins entzog sich den dutzendfach überfälligen Ordens-Dekorierungen stets mit den Worten: ‚Will nix, brauch nix; habe nur meine Pflücht gethan!‘ Der Röhre-Vit fand dann, sehr jung, bei Napoleons Russland-Feldzug 1812 beim Sturz in die eiskalte Beresina seinen pflichteifrigsten Helden-tod.

Zum anderen den Müllersohn ‚Glevjabeyidlaus‘ aus dem Schwäbischen Wald. Dieser diente Herzog Carl Eugen in Ludwigsburg, wo er am Schloss auch im Winter Schildwache stehen musste. Er klagte seiner Mutter die grausige Kälte. Mama fertigte ihm deshalb wärmende Hals-, Brust-, Puls-, Knie-, Knöchel- und Zehenwärmer.

Diese sechs Kälteschutz-Varianten waren üblich im Ländle. Die Müllerfrau erfand jedoch noch Variante sieben, die alsbald Aufsehen erregte, wie die folgenden Zeilen zeigen: Die im Schlosspark lustwandelnden Hofdamen machten sich eigentlich nichts aus den Schildwachen. Doch an einem kalten Januartag änderten die Damen ihre normale Spazierroute. Um einen immer rotbackiger werdenden Wachsoldaten – den besagten Müllersohn – bildeten sich Gruppen von Hofdamen, die dort diskutierend und fixierend verweilten, denn der Wachposten hatte eine Hosenbeule, die weit über das Grenzwertige hinausging. Heftig wurde darüber diskutiert. Schließlich bat man die Ehrensignora des Damenhofes, eine Untersuchung vorzunehmen.

Das Damencorps bildete einen Kreis um den Wachposten, und Madame Primadonna untersuchte die auffällige Hosenbeule des pflichtgemäß strammstehenden Wachpostens. Sie brachte die von der Soldatenmutter erfundene Variante sieben hervor, einen ‚Gmächtleswärmer‘. Dieser wurde zerlegt und nach der polsternden Füllung untersucht. Keine der adligen Damen wusste, woraus diese bestand. Schließlich wurde Soldat Eugen befragt, was das denn für eine famose Füllung sei. ‚Des isch halt Gleyja in dem Beyidl!‘, gab dieser zur Antwort. Anschließend baute Madame Matrona den Gmächtleswärmer wieder fachgerecht ein und tätschelte dem Soldaten die Wangen mit den Worten: ‚Voilà, mon cheri! Er ist ein ganz famoser Kleiabbeutel!‘

Die viel belachte Geschichte verbreitete sich von Ludwigsburg aus wie ein Lauffeuer. Den württembergischen Militärs wurde die Sache peinlich. Von ihnen wurden die ‚Kleienbeutel‘ bald als verwechelte Überlebenskünstler der um 1800 untergegangenen ‚Schwäbischen Kreis-truppe‘ dargestellt. Heute begegnet einem ‚Variante sieben‘ mehr in modischen Zusammenhängen. Man denke nur an Michael Jackson und die Jeansindustrie...“

Der schwäbische Spruch des Tages kommt von Renate Rother aus Luginsland: ‚Bei ons en dr ganza Gass‘ war koi Latern‘ mehr a‘, alles war donk! Mei Schwescher kam hoim voll Angscht: ‚Kuahnacht ischs draußa, wenn da do an d‘Gosch no kriagscht, no muascht no ‚Dankschee‘ saga!‘“

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Schreiben Sie uns: Zentralredaktion, Postfach 10 44 52, 70039 Stuttgart, Stichwort: Schwäbisch, Fax: 07 11 / 72 05 - 73 09; E-Mail: land@stn.zgs.de

www.auf-gut-schwaebisch.de

Spendengeld aus
Schule gestohlen

MANNHEIM (lsw). Ausgerechnet das Spendengeld, mit dem Mannheimer Privatschüler Blutkrebspatienten helfen wollten, haben Unbekannte aus Schließfächern im Lehrerzimmer der Schule gestohlen. Die Spinde seien mit Gewalt geöffnet worden, so ein Polizeisprecher am Dienstag. Das gesammelte Geld – mehr als 400 Euro – sollte der Deutschen Knochenmarkspenderdatei zugutekommen. Mehrere Tage haben die Schüler dafür selbst gebackene Waffeln, Kekse und Kuchen verkauft.

Rettungsdienst: Mehr Rechte
für Städte und Landkreise

Neues Gesetz lässt Hilfsfristen unangetastet – Fachleuten geht es nicht weit genug

Die Notfallrettung im Land soll sich verbessern. Dafür will das Land die Rechte von Städten und Landkreisen stärken. Krankenkassen und Rettungsorganisationen werden in die Verantwortung genommen. Doch Experten hätten sich deutlich größere Schritte gewünscht.

VON JÜRGEN BOCK

STUTTGART. Seit Jahren schaffen es Rettungsdienste und Notärzte in vielen Regionen des Landes nicht, gesetzliche Vorgaben einzuhalten. Zuletzt hat sich die Lage sogar wieder verschlechtert. Viel zu häufig reißen die Retter die sogenannte Hilfsfrist, binnen der sie am Einsatzort sein müssen. Besonders in ländlichen Regionen sind die Wege zu weit, die Einsätze zu zahlreich, die Fahrzeuge und Mitarbeiter zu wenig. Doch mehr Geld von den Krankenkassen gibt es nur in den wenigsten Fällen.

Die Landesregierung will jetzt mit einer Neufassung des Rettungsdienstgesetzes die Situation verbessern. „Dazu werden wir alle Elemente des Rettungseinsatzes beleuchten und die Bereichsausschüsse verpflichten, jedes Glied dieser Rettungskette regelmäßig zu überprüfen und zu optimieren“, sagte Innenminister Reinhold Gall am Dienstag. In Baden-Württemberg regeln sogenannte Bereichsausschüsse die Versorgung der Bevölkerung mit Rettungsmitteln. Vertreten sind dort die Rettungsorganisationen und die Krankenkassen zu gleichen Teilen. Diese Ausschüsse nimmt das Land damit stärker in die Pflicht, die aktuelle Lage jederzeit im Auge zu haben und zu verbessern.

Erfahrungsgemäß sind die Diskussionen zwischen Kassen und Rettungsorganisationen aber zäh – vor allem, wenn es ums Geld geht. Deshalb soll künftig den Städten und Landkreisen als Rechtsaufsicht mehr Bedeutung zukommen. Die Bereichsausschüsse sind künftig zur Berichterstattung verpflichtet. Wenn sie notwendige Verbesserungen nicht schnell genug umsetzen, können die Städte und Landkreise die Maßnahmen anordnen. Zum Gesetz gehören noch weitere Punkte – unter anderem eine Anpassung an das neue Notfallsanitätergesetz des Bundes. So werden in Baden-Württemberg von Januar 2021 an auf Rettungswagen keine Rettungsassistenten mehr erlaubt sein, sondern nur noch Leute, die das neue Berufsbild des Notfallsanitäters erfüllen.

Die Landesregierung erhofft sich von den Änderungen direkte Auswirkungen auf die Einsatzzeiten der Retter. „Wir wollen damit Verbesserungen zur Sicherheit der Notfallpatienten erzielen“, sagt Gall. Und gleichzeitig „weitere Erkenntnisse über den tatsächlichen Zeitbedarf des Rettungsdienstes gewinnen“.

Die Hilfsfrist selbst wird allerdings nicht angerührt. Bei den Diskussionen über das neue Gesetz war auch erwogen worden, sie künftig zweizuteilen. Bisher müssen sowohl Notarzt als auch Rettungswagen binnen zehn, in Ausnahmefällen 15 Minuten an Ort und Stelle sein – und das in 95 Prozent aller Einsätze. Hätte man das geändert, hätten Notärzte künftig mehr Zeit gehabt. Das war von Experten scharf kritisiert worden. Sie warfen der Regierung vor, das Gesetz an den mangelhaften Ist-Zustand anpassen zu wollen, anstatt sich um echte Verbesserungen zu bemühen. „Wir haben davon Abstand genommen“, sagt ein Ministeriumssprecher. Es habe aber ohnehin lediglich einen „Prüfungs-trag“ gegeben.

Das stößt in Fachkreisen auf Zustimmung. Allerdings dürfte das neue Gesetz vielen nicht weit genug gehen. Die Landesärzte-



Die Retter sollen schneller werden – über das streiten Politik und Fachleute

Foto: dpa

kammer hatte nicht nur eine Verschlechterung der Hilfsfrist abgelehnt, sondern auch eine bessere finanzielle Ausstattung des Rettungsdienstes gefordert. Ob und wo die kommt, ist mit den neuen Regelungen offen.



„Wir werden alle Elemente des Rettungseinsatzes beleuchten“

Reinhold Gall
Landesinnenminister

Nicht wenige Experten wollen nach wie vor eine komplette Neuaufstellung des Systems in Baden-Württemberg. Sie fordern eine Abschaffung der Bereichsausschüsse mit ihrem Selbstverwaltungsprinzip. Stattdessen sollen wie in anderen Bundesländern

die Kommunen und Kreise direkt festlegen können, was für die Versorgung der Bevölkerung notwendig ist. „Mit dem neuen Gesetz wird wieder nur herumgedoktort, anstatt etwas zu verbessern“, sagt ein Experte vom Forum Notfallrettung Stuttgart, „die Selbstverwaltung funktioniert nicht.“

Dazu gehört für ihn auch, dass eine weitere Forderung vieler Fachleute nicht umgesetzt werden soll. Sie fordern einen sogenannten Ärztlichen Leiter Rettungsdienst, der innerhalb des Rettungsdienstbereichs unabhängig von den beteiligten Rettungsorganisationen die Qualität überwachen kann. „Eine Fachaufsicht ist nicht zu erkennen“, sagt der Experte.

Das Rettungsdienstgesetz kommt jetzt in die Anhörung. Laut dem Ministeriumssprecher soll es nach der Sommerpause vom Kabinett verabschiedet werden. Im Oktober soll dann der Landtag darüber entscheiden.

Belohnung im
Mordfall Armani
wird verdoppeltErmittler geben nicht auf – Junge
wurde vor knapp einem Jahr getötet

FREIBURG (lsw). Knapp ein Jahr nach dem gewaltsamen Tod des acht Jahre alten Armani in Freiburg wird die Belohnung verdoppelt. Für Hinweise, die zur Ergreifung des oder der Täter führten, seien nun 20 000 Euro ausgesetzt, sagte ein Polizeisprecher.

Zum ersten Jahrestag des Verbrechens habe Armanis Familie 10 000 Euro bereitgestellt. Dazu komme die Belohnung in gleicher Höhe, die von der Staatsanwaltschaft und einem Unternehmer direkt nach der Tat ausgesetzt wurde. Armanis Leiche war am 21. Juli 2014 in einem Bach gefunden worden, am Abend zuvor war der Junge zuletzt lebend gesehen worden. Er wurde laut Polizei erwürgt.

Auf der Suche nach dem Mörder ist die Polizei Tausenden Hinweisen nachgegangen. Die Beamten haben in einer monatelangen Massenbefragung Anwohner verhört, Experten befragt, Flugblätter verteilt, Wohnungen durchsucht und Verdächtige festgenommen. Doch aufklären konnten sie den Fall nicht. Von Täter und Motiv gibt es keine Spur. Gesucht wird weiter.

Der Junge war am Abend vor dem 21. Juli zuletzt lebend gesehen worden, auf einem Spielplatz in der Nähe seiner Wohnung, vier Kilometer vom Fundort der Leiche entfernt. Er spielte mit seinem Fußball.

Doch aufgeben wollen die Ermittler nicht. „Wir sind angetreten, den Fall aufzuklären“, sagen sie. Und setzen unter anderem auf die Fernsehserie „Aktenzeichen XY – ungelöst“. Ein erster Fahndungsauftrag dort im vergangenen August war erfolglos geblieben. Nun soll der Fall in der ZDF-Sendung nochmals ausführlich dargestellt werden. Ein Sendedatum steht nach Angaben des ZDF noch nicht fest.

Für Hinweise aus der Bevölkerung ist die Polizei weiterhin dankbar. Hinweise nimmt die Polizei unter der Telefonnummer 07 61/8 82 24 80 rund um die Uhr entgegen.

Historischer
Friedhof
entdeckt

HERBOLZHEIM (lsw). Bei Ausgrabungen im südbadischen Herbolzheim nördlich von Freiburg sind Archäologen auf die Überreste eines historischen Friedhofs gestoßen.

Die Funde verraten aufschlussreiche Details über die vom späten Mittelalter bis zur frühen Neuzeit herrschenden Bestattungssitten, teilte das Landesdenkmalamt am Dienstag mit. So seien auch zahlreiche Grabbeigaben sichergestellt worden. Zudem zeigten sie die damaligen Lebensumstände der Menschen. Entdeckt worden seien Knochen, zahlreiche Gräber sowie Fundamente einer bislang unbekanntem mittelalterlichen Bebauung. Die Funde würden nun näher untersucht, zudem werde in Herbolzheim weiter gegraben.

Über die Untersuchung der Schädelknochen seien Befunde möglich zum Gesundheitszustand der damaligen Menschen, sagte der Leiter der Behörde, Bertram Jenisch. Die Funde stammten aus der Zeit vor 1752. Das Gebäude, dessen Fundament entdeckt wurde, sei im 14. Jahrhundert errichtet worden. Es handle sich dabei vermutlich um den früheren Wirtschaftshof des Pfarrers. Das Gebäude musste weichen, als 1752 in Herbolzheim die bis heute stehende katholische Kirche gebaut wurde.

Entdeckt wurden die Ausgrabungen am Herbolzheimer Kirchberg. Dieser ist seit dem 13. Jahrhundert entstanden und bildet das Zentrum der heute mehr als 10 000 Einwohner zählenden Gemeinde im Kreis Emmendingen.

Kretschmann hadert mit Flüchtlingsverteilung

Regierungschef: Schlüssel für Bundesländer und Wohnungsangebot passen nicht zusammen

VON ARNOLD RIEGER

STUTTGART. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat die Berechnungsmethode für die Flüchtlingsverteilung in Deutschland infrage gestellt. „Wir können nicht nur nach dem Schlüssel operieren, sondern müssen auch schauen, wo tatsächlich Wohnraum vorhanden ist“, sagte der Grünen-Politiker in Stuttgart. Während in Großstädten Wohnungsmangel herrsche, würden im Osten Deutschlands ganze Straßenzüge abgerissen.

„Wir werden das annehmen, wenn die Situation so weitergeht“, sagte Kretschmann, räumte aber ein, dass es nicht einfach sei, vom sogenannten Königsteiner Schlüssel abzurücken. Dieser legt je nach Bevölkerungszahl und Steueraufkommen fest, wie die einzelnen Länder an gemeinsamen Finanzierungen zu beteiligen sind. Danach muss der Südwesten 2015 fast 13 Prozent der Asylbewerber aufnehmen.

Angesichts steigender Flüchtlingszahlen – in diesem Jahr werden bis zu 52 000 Asylbewerber erwartet – sieht sich die Landesregierung gezwungen, auf weitere öffentliche Gebäude zurückzugreifen. So sollen

demnächst auch in der früheren Stauffenberg-Kaserne in Sigmaringen bis zu 1000 Flüchtlinge ein Dach über dem Kopf finden.

Auch in der Heidelberger Patrick-Henry-Village stehe noch Wohnraum zur Verfügung, sagte Kretschmann. Allerdings könne man diese Kapazität nicht beliebig aufstocken, denn es fehle oft an Infrastruktur: „Man muss auch Einkaufsmöglichkeiten schaffen.“

Die Stadt Freiburg gab unterdessen bekannt, dass auf dem Gelände der Polizeiakademie in sechs bis acht Wochen die ersten Unterkünfte einer bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle (Bea) bezugsfertig sind.

Daraus soll dann Ende 2016, wenn die Polizeiakademie Freiburg verlassen hat, eine voll ausgestattete Landeserstaufnahmestelle (Lea) werden. Solche Einrichtungen bestehen bereits in Karlsruhe, Meßstetten und Ellwangen. Neben Freiburg sollen auch Schwäbisch Hall und Mannheim Lea-Standort werden.

Freiburg muss laut OB Dieter Salomon derzeit monatlich bis zu 150 Menschen aufnehmen – mit steigender Tendenz. Diese

immense Aufgabe sei nur mit massiver Unterstützung von Land und Bund zu bewältigen. Notfalls müssten auch Turnhalle und Zelte genutzt werden.

Vom zweiten Flüchtlingsgipfel am 27. Juli, zu dem Kretschmann Vertreter von Kommunen, Kirchen, Verbänden, Flüchtlingsorganisationen und der Politik eingeladen hat,



„Wir werden das annehmen, wenn die Situation so weitergeht“

Winfried Kretschmann
Ministerpräsident

erwartet sich der Regierungschef, „dass die demokratischen Parteien zusammenbleiben“. Konkrete Beschlüsse seien nicht zu erwarten, die Veranstaltung diene vielmehr dem Zusammenhalt bei dieser enormen Herausforderung.

Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) warnte unterdessen davor, den Eindruck entstehen zu lassen, man könne das Problem nicht bewältigen. Notwen-

dig sei vielmehr das Signal: „Deutschland kann mit dem Flüchtlingsstrom umgehen.“

Die Struktur des Integrationsministeriums will Kretschmann trotz der Kritik des Landesrechnungshofs nicht antasten: „Wir werden keine Änderung des Zuschnitts von Ministerien ein halbes Jahr vor dem Ende der Legislaturperiode vornehmen.“ Das Thema stehe erst dann an, wenn Grün-Rot nach der Wahl 2016 weiterregieren könne. Auch Schmid erklärte, im jetzigen Ressortzuschnitt arbeite die Regierung gut.

Der Rechnungshof hatte erklärt, ein eigenständiges Ministerium mache nur dann Sinn, wenn es weitere Aufgaben übertragen bekomme. Andernfalls solle die Regierung das Haus von Ministerin Bilkay Öney (SPD) wieder auflösen und die Aufgabe einem anderen Ministerium anvertrauen.

CDU-Spitzenkandidat Guido Wolf hat unterdessen Unterstützung aus der Bundespolitik erhalten für seine Forderung, Landeskompentenzentren für Flüchtlinge einzurichten. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, sagte in Stuttgart, es gehe darum, die zuständigen Stellen an einem Ort zu versammeln und die Asylverfahren zu beschleunigen.